



## MINUSMA 2021: Transition, Reform, Terror und Corona

Der UN-Mission MINUSMA kommt weiterhin eine Schlüsselrolle bei der Stabilisierung Malis zu. Sie begleitet die bis Frühjahr 2022 geplante Transition von dem nach dem Putsch im August 2020 gebildeten Interimsregime hin zu einer demokratisch legitimierten Regierung. Die Umsetzung des Friedensabkommens von 2015 hat zwar ein wenig Fahrt aufgenommen, verläuft aber noch immer schleppend. Zudem gehen die Angriffe extremistischer Gruppen auf UN-Personal, malische Sicherheitskräfte und Zivilbevölkerung weiter. Auch ist die Sicherheitslage vor allem im Zentrum des Landes auf Grund von Kämpfen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen immer noch dramatisch. Im Jahr 2020 gab es in Mali rund 2.850 Konflikttote, davon über 950 Zivilist:innen.

### Hintergrund

Im Januar 2013 griff Frankreich auf Bitte der Regierung Malis in den Konflikt im Norden des Landes ein. Dort hatten Angehörige der ethnischen Gruppe der Tuareg Anfang 2012 eine Rebellion begonnen mit dem Ziel, einen autonomen Staat („Azawad“) zu errichten. Der erfolgreiche Aufstand zog zunehmend radikal-islamistische Gruppen an, die große Gebiete des Nordens unter ihre Kontrolle brachten. Diese konnten mithilfe einer französischen Eingreiftruppe zurückgedrängt werden. Im April 2013 wurde die „Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der UN in Mali“ (MINUSMA) eingerichtet. Im Juni 2015 unterzeichnete die malische Regierung ein Friedensabkommen mit verschiedenen Rebellen-Gruppen. Seine Eckpunkte sind die Entwaffnung der Rebellen, die Reform des Sicherheitssektors sowie mehr Autonomie für Nord-Mali.

### Die Aufgaben von MINUSMA

Gemäß dem Mandat vom Juni 2020 (UN-Resolution [2531](#)) hat MINUSMA unverändert zwei Hauptaufgaben:

1. Die „primäre strategische Priorität“ ist die Unterstützung der malischen Regierung bei der Implementierung des Friedensabkommens im Norden von Mali.
2. Die „sekundäre strategische Priorität“ ist der Schutz der Zivilbevölkerung und die Wiederherstellung der staatlichen Autorität im Zentrum des Landes.

Daneben soll MINUSMA vertrauensbildende Maßnahmen unterstützen, die Einhaltung der Menschenrechte überwachen und humanitäre Hilfsleistungen absichern. Zusätzlich ist die Mission beauftragt, eine enge Koordination mit den malischen Sicherheitskräften, den beiden EU-Missionen, dem französischen Anti-Terror-Einsatz *Opération Barkhane* sowie der Einsatztruppe der G5-Sahel-Staaten (FC-G5S, s.u.) zu gewährleisten. Für die FC-G5S soll außerdem Unterstützung in den Bereichen Logistik, Verbrauchsgüter (Nahrung, Wasser, Treibstoff) und medizinische Versorgung bereitgestellt werden.

Die direkte Bekämpfung terroristischer Gruppen fällt ausdrücklich nicht unter das Mandat von MINUSMA. Dennoch ist MINUSMA mit bislang [240](#) Todesopfern der gefährlichste laufende UN-Einsatz. Die aktuelle Personalstärke von MINUSMA beträgt rund 15.970 (13.045 Soldat:innen, 1.745 Polizist:innen und 1.180 zivile Kräfte, [Stand](#): März 2021).

Zusätzlich trug der Sicherheitsrat dem Generalsekretär auf, einen Fahrplan mit klar definierten Bedingungen zu entwickeln, unter denen eine schrittweise Übergabe der Sicherungsaufgaben der Mission an malische Akteure beginnen könnte. Diese „[Roadmap](#)“ veröffentlichte Antonio Guterres Ende März 2021.

## Das deutsche Engagement bei MINUSMA

Deutschland beteiligt sich seit ihrer ersten Mandatierung in 2013 an MINUSMA. Der Deutsche Bundestag verlängerte im Mai 2020 das Mandat für die Beteiligung der Bundeswehr an der Mission bis Ende Mai 2021. Der aktuelle Antrag der Bundesregierung für die Fortsetzung dieser Beteiligung für ein weiteres Jahr sieht eine Beibehaltung der Truppenstärke von bis zu 1.100 Soldaten vor. Zurzeit sind 944 Angehörige der Bundeswehr bei MINUSMA tätig, die meisten sind in Camp Castor in Gao stationiert ([Stand](#): 15.04.2021). Neben den Bundeswehrangehörigen arbeiten 9 deutsche Polizist:innen sowie 11 deutsche zivile Expert:innen bei MINUSMA.

Auf Grund der Corona-Pandemie müssen Bundeswehrangehörige vor der Verlegung nach Mali in Deutschland in eine 14-tägige Isolation. Das Ansteckungsrisiko in Mali gilt zurzeit als hoch. Diese Situation behindert allerdings die militärischen Aktivitäten des Bundeswehkontingents (Sicherung der UN-Camps, Patrouillen zum Schutz der Zivilbevölkerung) kaum. Seine Beratungs- und Ausbildungsfunktionen aber werden von den geltenden Kontaktbeschränkungen behindert.

## Weitere Akteure: EU, G5-Sahel und Frankreich

**EU Capacity Building Mission in Mali (EUCAP Sahel Mali)** | Diese zivile Mission mit rund 130 Mitarbeiter:innen stärkt unter deutscher Beteiligung die Fähigkeiten der malischen Polizei, Nationalgarde und Gendarmerie durch strategische Beratung, Ausbildung und Begleitung. Zusätzlich unterstützt sie die Rückkehr der Zivilverwaltung ins Zentrum und den Norden von Mali.

**EU Training Mission Mali (EUTM Mali)** | Die militärische Ausbildungsmission soll die Sicherheitskräfte Malis und der anderen G5-Sahel-Staaten (Burkina Faso, Mauretanien, Niger und Tschad) befähigen, die Sicherheit und territoriale Integrität des Landes zu gewährleisten. Deutschland ist mit 103 Bundeswehrangehörigen ([Stand](#): 15.04.2021) einer der größten Truppensteller.

**Opération Barkhane** | Die 2020 auf eine Stärke von 5.100 aufgestockte französische Militärmission operiert auf dem Gebiet aller G5-Sahel-Staaten. Ihre Aufgaben umfassen sowohl die Unterstützung der nationalen Sicherheitskräfte und von MINUSMA als auch eigenständige offensive Operationen zur Terrorbekämpfung. Die Aufstellung der *Special Operations Task Force Takuba*, die Barkhane unterstützen soll, hat sich auf Grund der COVID-Pandemie verzögert. Sie soll im ersten Halbjahr 2021 einsatzbereit sein, Deutschland wird sich nicht direkt beteiligen.

**G5-Sahel Joint Force (FC-G5S)** | Diese Eingreiftruppe mit einer Personalstärke von insgesamt 5.000 ist kein Friedenseinsatz im herkömmlichen Sinn. Die je 1.000 Soldat:innen aus jedem der G5-Sahel-Staaten führen vor allem im eigenen Land Einsätze durch gegen Terrorgruppen und organisierte Kriminalität, dürfen aber bei der aktiven Verfolgung ihrer Gegner die Grenzen zu G5-Nachbarstaaten überschreiten. Teilweise operieren zwei oder drei G5-Sahel-Staaten auch gemeinsam in den Grenzregionen.

## Ausblick

Die Liste der Herausforderungen, vor denen MINUSMA steht, ist im Laufe des Jahres 2020 nicht kürzer geworden. Die **Corona-Epidemie** dürfte die Arbeit der Mission auf drei Ebenen negativ beeinflussen. *Erstens* ist in ihrer Folge die Wirtschaftsleistung von Mali um 2,5% gesunken, 800.000 Menschen (bei einer Gesamtbevölkerung von gut 20 Millionen) sind zusätzlich unter die Armutsgrenze gerutscht. Diese Entwicklung wird voraussichtlich die sozialen und inter-ethnischen Konflikte im Land verschärfen. *Zweitens* leidet die Mandatsumsetzung, da die Kontakte von Missionspersonal zu malischen Partnern eingeschränkt bleiben, was vor allem die Arbeit der zivilen Komponente von MINUSMA – aber auch von EUTM und EUCAP Sahel Mali – behindert. *Drittens* ist zu befürchten, dass als Konsequenz aus der zu erwartenden weltweiten Wirtschaftskrise die Bereitschaft von Geberländern und Truppenstellern sinken dürfte, eine große und teure Mission wie MINUSMA weiter im gleichen Umfang zu unterstützen.

Zusätzlich ist nach wie vor die **Sicherheitslage** im Norden und der Mitte des Landes prekär. Die lokalen Ableger des Islamischen Staats und von Al Qaida greifen regelmäßig UN-Personal, malische Sicherheitskräfte und die Zivilbevölkerung an. In Zentral-Mali fordern Kämpfe zwischen Milizen verschiedener ethnischen Gruppen weiterhin viele Opfer. Im Jahr 2020 gab es in Mali rund 2.850 Konflikttote, davon über 950 Zivilist:innen. Ende 2020 zählte Mali 323.000 Binnenvertriebene, eine Steigerung um über

50% gegenüber dem Vorjahr. Im ersten Quartal von 2021 wurden bereits 590 Personen getötet und insbesondere die Angriffe auf UN-Blauhelme haben so sehr zugenommen, dass MINUSMA seine Aktivitäten in der Mitte des Landes zeitweise erheblich einschränken musste.

Auch die politische Situation in Mali ist angespannt. Im Sommer 2020 führte die seit Jahren wachsende Frustration der Bevölkerung über Unsicherheit und Korruption zu Massenprotesten, bei denen der Rücktritt der Regierung gefordert wurde. Im August vertrieb ein **Militärputsch** Präsident Ibrahim Boubacar Keita aus dem Amt. Verhandlungen unter Führung der westafrikanischen Regionalorganisation ECOWAS führten bis Oktober zur Bildung einer Übergangsregierung. Interimspräsident wurde der ehemalige Verteidigungsminister Bah N'Daw (oder n'Dao), als starker Mann gilt aber der Vizepräsident, der ehemalige Anführer der Putschisten, Oberst Assimi Goita. Der vorläufige Zeitplan zum **Übergang zu einer demokratisch legitimierten Regierung** sieht ein Verfassungsreferendum im zweiten Halbjahr 2021, Lokalwahlen im vierten Quartal 2021 sowie schließlich Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im ersten Quartal 2022 vor.

Die **Kooperation mit dem Interims-Regime** stellt MINUSMA wie auch alle anderen internationalen Akteure in Mali vor große Herausforderungen. Viele lokale Partner verloren im Zuge des Machtwechsels ihre Posten. Die neuen Amtsinhaber müssen sich erst noch in ihre Arbeitsbereiche einarbeiten, danach muss das Missionspersonal eine vertrauensvolle Arbeitsbeziehung aufbauen, was zu erheblichen Verzögerungen führt. MINUSMA wird auch darauf achten müssen, dass die Übergangsregierung – unter Führung des Vizepräsidenten – nicht erneut vor allem auf militärische Ansätze zur Stabilisierung der Sicherheitslage im Norden und der Mitte Malis setzt, wofür es bereits erste Anzeichen gibt. Schließlich sollte die UN-Mission gemeinsam mit ihren regionalen und internationalen Partnern die **Einhaltung des Zeitplans** der Transition einfordern und die anstehenden Wahlprozesse mit Beratung und materiellen Ressourcen unterstützen.

Daneben müssen auch die begonnenen Reformen weitergeführt werden, die notwendig sind, um die tiefgreifende Governance-Krise in Mali zu überwinden. Hierzu gehört eine **Dezentralisierung**, die Bezirken an der Peripherie des Landes mehr Zuständigkeiten und finanzielle Ressourcen überträgt. Zur **Beilegung lokaler Konflikte** sollten Regierung und MINUSMA mehr auf flexible, an örtliche Gegebenheiten angepasste Lösungen setzen, auch wenn dies Verhandlungen mit (gesprächsbereiten) bewaffneten Gruppen nötig machen sollte. Der Ausbau **sozialer Dienstleistungen** in der Fläche sollte priorisiert werden, ebenso die **Reform der öffentlichen Finanzen** – zentrale Forderungen der Massenproteste des letzten Sommers. Schließlich müssen **Übergriffe staatlicher Sicherheitskräfte** gegen die eigene Zivilbevölkerung unterbunden oder wenigstens strikt verfolgt werden. Hier gab es in den letzten Monaten Anfangserfolge durch die Eröffnung der ersten Verfahren vor Militärgerichten gegen Militärpersonal, denen Massaker an Zivilisten vorgeworfen werden.

Es ist im Kontext der andauernden kritischen Sicherheitslage und der aktuellen politischen Wirren in Mali daher dringend geboten, dass Deutschland sein militärisches (aber auch polizeiliches und ziviles) Engagement bei MINUSMA fortsetzt. Ohne die Präsenz der Blauhelme der Mission wäre die Bevölkerung noch größeren Gefahren ausgesetzt, ohne die politische Begleitung durch die Vereinten Nationen könnte die Transition zu einer demokratisch legitimierten Regierung in Mali scheitern. Die Unterstützung dieser UN-Mission mit Finanzmitteln, Personal und politischer Rückendeckung ist im Frühjahr 2021 wichtiger denn je.